Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 21 (1971)

Heft: 1/2

Buchbesprechung: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte [Hans-Ulrich Wehler]

Autor: Boesch-Jung, Joseph

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rühre die gelegentliche Ambivalenz des Urteils auch daher, dass für den Ansatz, Würdigung und Kritik des Liberalismus zu verbinden, der badische Schauplatz zu wenig Kontrastfarben bietet.

In der ungeschriebenen Geschichte des deutschen Liberalismus wird der einer süddeutschen Variante entliehene Idealtyp zu modifizieren sein durch die Hinzunahme kritisch gesichteter Elemente dessen, was lange, sicher zu Unrecht, als «klassischer Liberalismus» galt. Lothar Gall besässe dank seiner Kenntnisse, seiner modernen methodischen Mittel und eines Geschichtsbildes, das die zweckbezogene Vereinfachung scheut, wie wenige die geeignete Feder dazu.

Marburg/Lahn *Hellmut Seier*

HANS-ULRICH WEHLER, *Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte.* Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1970. 437 S., Tab.

Der Band enthält vierzehn Aufsätze, die alle bereits früher publiziert, aber für diese Ausgabe überarbeitet und im bibliographischen Anhang auf den neuesten Stand gebracht wurden. Das Verbindende wird durch den Haupttitel nicht prägnant ausgedrückt: weder werden «die Krisenherde des Kaiserreiches» vollständig dargestellt, noch beschlagen alle Aufsätze primär diesen Themenkreis. Das Verbindende ist vielmehr in dem Bestreben des Verfassers zu sehen, die Kontinuität in der deutschen Entwicklung seit dem preussischen Verfassungskonflikt, «die historischen Vorbelastungen der deutschen Gesellschaft und ihre Anfälligkeit für eine autoritäre Gesellschafts- und Staatspolitik» an prägnanten Beispielen aufzuzeigen, «anstatt den Nationalsozialismus als ‹Betriebsunfall› nach Versailles und Weltwirtschaftskrise zu verharmlosen oder als epochalen Einbruch des Bösen zu dämonisieren» (p. 12). So findet etwa der biographische Abriss über den frühverstorbenen Eckart Kehr – obwohl ganz in die Weimarer Zeit fallend – seinen sinnvollen Platz in der Sammlung, macht er doch erschreckend deutlich, von welchen gesellschaftspolitischen Vorstellungen die Personalia der deutschen Universitäten damals bestimmt wurden (vor allem p. 268ff.: Hermann Oncken, Gerhard Ritter u. a.).

Die vierzehn Aufsätze lassen sich in fünf Gruppen gliedern. Die erste – mit zwei Beiträgen – befasst sich mit den Problemen des «Reichslandes» Elsass-Lothringen. Meisterhaft verstand es der Verfasser, die Starre und Unbeweglichkeit, «das Trägheitsmoment der Verfassungsstruktur des deutschen Bundesstaates» (p.62) am Beispiel der unglückseligen elsässisch-lothringischen Geschichte darzulegen. Diese zugleich materialreichen und überlegen zusammenfassenden Arbeiten werden bleibenden Wert behalten. Die zweite Gruppe (mit vier Beiträgen) ist dem Imperialismus-Problem gewidmet; auf Wehlers hier enthaltene Interpretation der Politik Bismarcks werden wir zurückkommen.

Die dritte Gruppe (mit drei Beiträgen) hat das Schicksal der Polen im deutschen Kaiserreich zum Gegenstand. Nach der klassischen und auch heute noch unentbehrlichen Untersuchung von Ludwig Bernhard («Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat»; 1907) und nach der Arbeit von Martin Broszat «200 Jahre deutsche Polenpolitik» von 1963, die endlich die bis dahin immer noch grundlegende, aber ganz von deutsch-nationalistischem Geist geprägte und in ihren Wertungen unannehmbare Darstellung von Manfred Laubert («Die preussische Polenpolitik 1772-1914») entbehrlich machte, konnte Wehler hier kaum Neues bieten. Als scharf pointierte Zusammenfassung haben aber auch diese Beiträge ihren hohen Wert.

Die vierte Gruppe umfasst drei exemplarische Lebensläufe: Am Beispiel von Friedrich Kapp (dem Vater von Wolfgang Kapp!) wird der geistige Weg eines Achtunvierzigers vom schwärmerischen Sozialismus zum extrem national betonten Liberalismus dargelegt, während die beiden anderen Beiträge das tragische Schicksal zweier Historiker (Eckart Kehr und Gustav Mayer) schildern, die ihrer demokratischen Grundhaltung wegen im deutschen Wissenschaftsbetrieb nicht nur der Wilhelminischen, sondern auch der Weimarer Zeit zu einem Aussenseiterdasein verdammt waren.

Die beiden Aufsätze der letzten Gruppe endlich behandeln in kritischer Weise den gegenwärtigen (und, wie Wehler zeigt, historisch bestimmten, in der geistig-gesellschaftspolitischen Situation des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurzelnden) Stand der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Überzeugend vertritt Wehler die These, dass die Historische Ökonometrie (die Histoire Quantitative), die sich in der angelsächsischen und französischen Historiographie ihren Platz längst errungen hat, im deutschen Sprachbereich zu Unrecht vernachlässigt wird.

Auf besonderes Interesse werden Wehlers Ausführungen über das Verhältnis Bismarcks zum Imperialismus stossen; sie wiederholen in gedrängter Form, was er bereits in seinen 1969 in Köln erschienenen Untersuchungen «Bismarck und der Imperialismus» ausgeführt hatte. Ausgangspunkt für Wehler ist sein Imperialismus-Begriff: er fasst Imperialismus nicht lediglich als ein Problem der Aussen- oder Kolonialpolitik auf, sondern als «Ergebnis der Entwicklung von industriewirtschaftlichen Gesellschaftssystemen, die zudem in eine oligopolitische Staatenkonkurrenz verflochten waren» (p. 113). Von da gelangt Wehler zum Begriff des «Sozialimperialismus»: «eine konservative Ablenkungs- und Zähmungspolitik, die zugunsten einer traditionellen Gesellschafts- und Machtstruktur systemgefährdende Emanzipationsbestrebungen nach aussen abzulenken bestrebt ist» (p. 125); «dieser auf Ersatzbefriedigung abzielende Sozialimperialismus strebte .... danach, den Markt deshalb zu erweitern, die Wirtschaft deshalb zu sanieren und ihr Wachstum deshalb zu gewährleisten, um damit die Gesellschaftsverfassung einer ständigen Zerreissprobe zu entziehen und die inneren Machtverhältnisse zu stabilisieren» (p. 131).

Von dieser Basis aus sieht Wehler in der 1879 erfolgten Wendung Bis-

marcks zu einer protektinistischen Aussenhandelspolitik den entscheidenden Schritt zum Imperialismus, wobei er nachdrücklich festhält, dass es sich dabei um einen «pragmatischen Expansionismus» (p. 142) unter dem Sachzwang der unterschiedlichen industriellen Entwicklungsrate und des Drucks der Wirtschaftskrise handelte. Bismarck habe, nicht dogmatisch gebunden, sondern empirisch-pragmatisch, die gegen Ende der siebziger Jahre immer schwerer werdende Wirtschaftskrise durch eine antizyklische Konjunkturpolitik zu bekämpfen gesucht. Von den drei Hauptmitteln einer solchen Politik – der Geld-, der Finanz- und der Aussenhandelspolitik – stand aber nur das letzte seinem Einfluss offen: «Zuerst experimentierte er seit 1879 mit dem Schutz des Binnemarktes, verlegte sich dann aber zunehmend auf die Förderung des Aussenhandels ....; ihr entsprang auch sein Imperialismus» (p. 149). Zugleich wurde dieser Imperialismus «seit Anfang der 1880er Jahre zu einer Integrationsideologie in einem Staatswesen, dem es an stabilisierenden historischen Traditionen mangelte, das aber schroffe Klassengegensätze unter dem Druck des Obrigkeitsstaates nicht verbergen konnte» (p. 152).

So charakterisiert Wehler die Jahre zwischen 1879 und 1885 als entscheidende «Weichenstellung», als «neue Gründungszeit», in der das Deutsche Reich «auf das Gleis des Interventionsstaates im Bereich von Gesellschaft und Wirtschaft» geführt wurde (p. 158); von der an dem Reich der «Sozialimperialismus gleichsam als politisches Verhaltensmuster eingeschliffen» blieb (p. 160). Dabei beruft sich Wehler auch auf den bekannten Satz, den Hans Rothfels 1948 unter dem erschütternden Eindruck der vorangegangenen Jahre schrieb, zu dem er heute allerdings nicht mehr steht: «Wie lang und verschlungen auch der Weg von Bismarck zu Hitler gewesen, der Reichsgründer erscheint als der Verantwortliche für eine Wendung, mindestens aber für die Legitimierung einer Wendung, deren fatale Steigerung bis zum Gipfel in unseren Tagen nur allzu augenscheinlich geworden ist.»

Ebenso radikal wie Wehlers Urteil über Bismarcks Verhältnis zum Imperialismus sich von der in der deutschen Geschichtsschreibung nach wie vor stark verbreiteten Verherrlichung Bismarcks als eines wahrhaft grossen und friedliebenden Staatsmannes abhebt, weicht auch seine Bewertung des Rückversicherungsvertrages von der herrschenden Lehre ab. Wehler legt das Hauptgewicht auf Bismarcks Ende Juni 1887 – unmittelbar nach Unterzeichnung des Rückversicherungsvertrages! – einsetzenden Kampf gegen den deutschen Kapitalexport nach Russland. Diese Massnahmen mussten die russische Wirtschaft noch schwerer treffen als der deutsche Agrarprotektionismus. Dies (wie andere antirussische Massnahmen Bismarcks aus den Jahren 1887–1890) zeige, dass der Rückversicherungsvertrag für Bismarck «nur eine taktische ‹Augenblicksbedeutung› besessen und ein kurzlebiges Verlegenheitsmoratorium dargestellt hatte» (p. 179).

Zwei kritische Bemerkungen zur äusseren Gestaltung des ungewöhnlich anregenden und gehaltvollen Sammelbandes seien abschliessend noch angefügt. Einzelne der Studien sind zu wenig aufeinander abgestimmt, so dass

mehrfach unnötige Wiederholungen auftreten; vor allem trifft das für die Aufsätze zur deutschen Polenpolitik zu. Das ungewöhnlich reichhaltige Literaturverzeichnis ist leider nicht separat angefügt, sondern in den umfangreichen Anmerkungsteil (108 Seiten!) verarbeitet, was der Übersichtlichkeit und damit der leichten Benutzbarkeit entschieden Abbruch tut. Das ist umso bedauerlicher, als Wehler den Mut hatte, diese Literaturhinweise als Bibliographie raisonnée abzufassen. Drucktechnische Versehen (Zeilenverschiebungen auf p. 351/353) erschweren zusätzlich die Benutzung. Erstaunlicherweise wird das oben erwähnte Werk von L. Bernhard nur beim Aufsatz «Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918» genannt, nicht aber bei jenem zur «Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich», obwohl gerade dessen Angaben zu einem grossen Teil direkt oder indirekt auf Bernhard basieren. Diese kleinen Aussetzungen vermögen aber an dem ungemein positiven Gesamteindruck nichts zu ändern.

Aarau *Joseph Boesch-Jung*

JEANNE GAILLARD, *Communes de province, Commune de Paris 1870–1871.* Paris, Flammarion, 1971. In-16, 186 p. (Coll. «Questions d'histoire», 26).

Si la Commune de Paris a suscité de nombreux ouvrages, il n'en va pas de même des différents mouvements provinciaux qui l'accompagnèrent. Malgré quelques travaux de valeur, la plupart des études sur la province sont aujourd'hui bien vieillies. Cette lacune tient incontestablement à l'importance de l'insurrection parisienne qui a quelque peu relégué dans l'ombre les événements qui se produisaient dans le reste du pays. Mais comment ne pas y voir également, sur le plan intellectuel, une manifestation typique de cette centralisation extrême contre laquelle s'étaient justement soulevées les Communes de Paris et des autres villes? Aussi se félicitera-t-on de voir un ouvrage qui se propose «de saisir le rapport entre les révolutions de 1870–1871 et l'ensemble de la vie politique du pays», et qui, volontairement, se dégage du contexte exclusivement parisien des histoires habituelles de la Commune.

Si le «modèle» parisien repose sur une chronologie courte, – du 18 mars aux journées de Mai –, les Communes provinciales commencent beaucoup plus tôt: c'est à l'automne 1870 que Lyon et Marseille connaissent leur première vague révolutionnaire, c'est alors que se forment les «Ligues» qui, par leur récusation des autorités constituées, leur revendication d'un gouvernement du peuple par le peuple et leur volonté de décentralisation présentent déjà toutes les caractéristiques de la Commune. Ce décalage dans le temps explique l'inertie de la province en mars-avril, mais il n'en est pas le seul facteur. Un second décalage, politique celui-là, apparaît: en province, Gambetta a su enrôler la Révolution au service de la Défense nationale; ainsi, à Marseille, son lieutenant Gent récupère habilement la révolution phocéenne. Mais, à Paris, l'intégration échoue et l'union entre les clubs et le Gouvernement de la Défense nationale éclate très vite. Cela donnera à l'insurrection parisienne ce caractère